

Wohlstand für alle

Standpunkt der SP Basel-Stadt zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik

Fassung vom 07.09.2012, nach gewalteter Vernehmlassung und Verabschiedung durch den Parteivorstand, zur Verabschiedung an der Delegiertenversammlung

1 Ausgangslage

Die **Wirtschaft** der Region Basel ist in den letzten Jahren rasch gewachsen. Das Wachstum übertraf dasjenige der übrigen Schweiz. Namentlich die grossen Pharma-Unternehmen konnten markante Umsatz- und Gewinnsprünge verzeichnen. Die daraus erwachsenen steuerlichen Mehreinnahmen haben zusammen mit einer intelligenten Finanzpolitik dazu geführt, dass die Steuern für Private und Unternehmen deutlich gesenkt werden konnten. Von den Entlastungen profitierten vor allem die gewinnstarken Firmen, sowie die unteren und mittleren Einkommen. Das Existenzminimum wurde steuerbefreit. Allerdings führt der Boom der LifeScience Branche zu einer klaren Verlagerung von Arbeitsplätzen für Arbeitnehmende mit einer sekundären Ausbildung hin zu Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte (BAK Basel).

Trotzdem zeigt sich, wie in der übrigen Schweiz, auch in Basel-Stadt, dass die **Schere zwischen Arm und Reich** sich öffnet. Das in Basel-Stadt versteuerte Vermögen der Haushalte, die mehr als eine Million versteuern, hat sich seit 1993 mehr als verdreifacht und betrug 2008 über 22 Milliarden Franken. Das entspricht mehr als der Hälfte des steuerbaren Vermögens unseres Kantons. Es gehört jedoch weniger als einem halben Prozent der Bevölkerung.

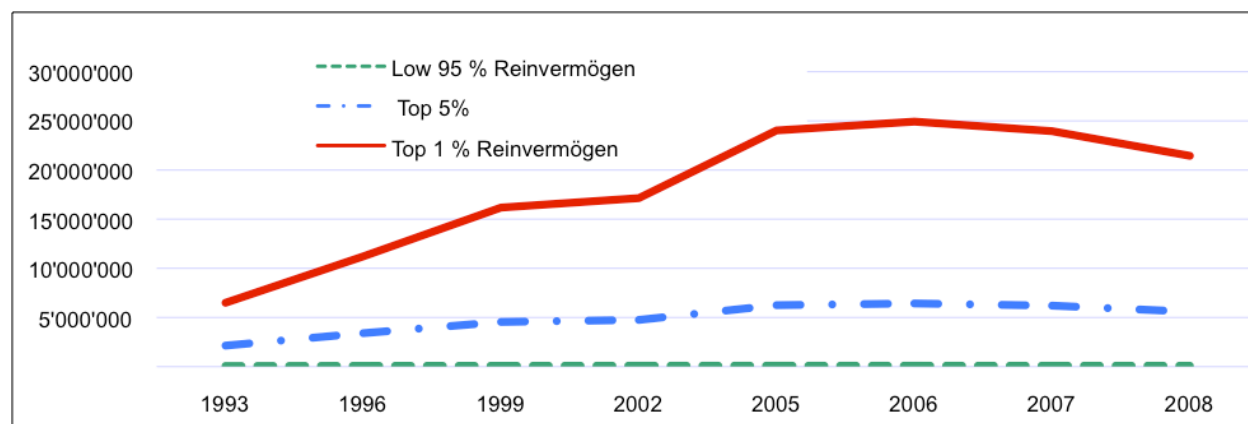


Fig. 1: Mittelwert Reinvermögen in BS 1993-2008

Auch beim Einkommen geht die Schere rasch auseinander. Für 95% der Bevölkerung hat sich dieses zwischen 1993 und 2008 nicht merklich vergrößert. Hingegen ist es für die Topverdiener stark angestiegen.

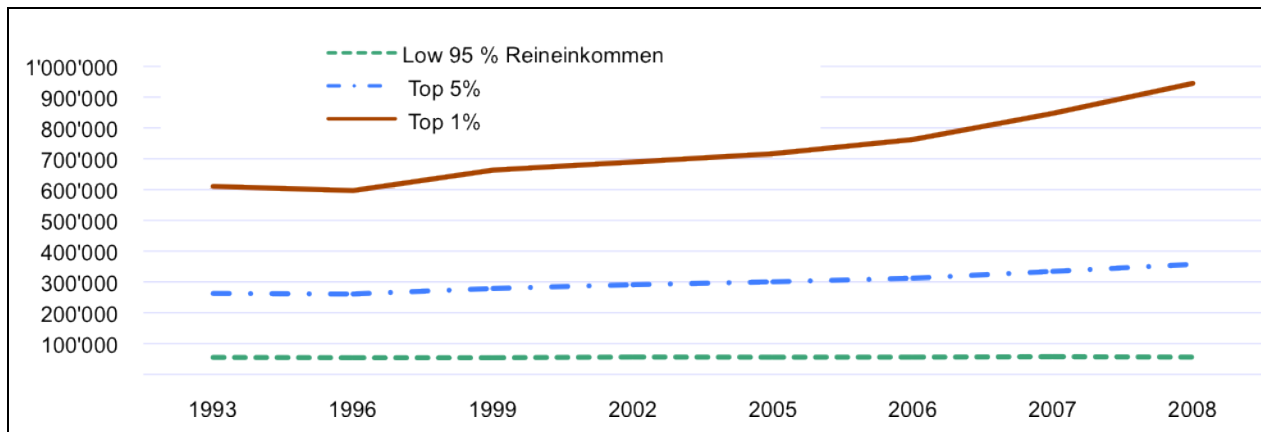


Fig. 2: Mittelwert Reineinkommen in BS 1993-2008

Den Reichen geht es besser, weil ihre Löhne und Finanzerträge wieder rasch wachsen. Gleichzeitig existiert eine wachsende Armut. Der Armutsbericht Basel-Stadt der Christoph Merian Stiftung (2010) dokumentiert dies eindrücklich. Er zeigt, dass die Armutsquote zwischen 2003 und 2006 angestiegen ist. Kinder sind namentlich bei Scheidungen ein erhebliches Armutsrisiko, vor allem für die Person, welche die Hauptbetreuung übernimmt (rund 90 % die Frauen). Es gibt eine grosse und wahrscheinlich wachsende Zahl an Working Poor. Das sind Menschen, die trotz Erwerbsarbeit nicht über die Runden kommen. Auch die Zahl der Ausgesteuerten wächst. Der Hauptgrund für die Sozialhilfeabhängigkeit ist die Arbeitslosigkeit. Zwar finden viele Arbeitslose nach jeder Krise wieder eine Stelle, sobald der Arbeitsmarkt wieder anzieht. Das gilt aber nie für alle. Ein erheblicher Teil davon wird ausgesteuert. Die Zahl der Sozialhilfeempfängenden pendelt sich nach einer Wirtschaftskrise auf einem höheren Niveau wieder ein. Fast ein Fünftel der Sozialhilfeempfängenden sind Alleinerziehende (Städtevergleich 2010). Unter den Haushalten mit prekären Einkommensverhältnissen sind auch Frauen, Familien mit Migrationshintergrund, aber auch zahlreiche Selbständigerwerbende mit einem kleinen oder neuen Unternehmen.

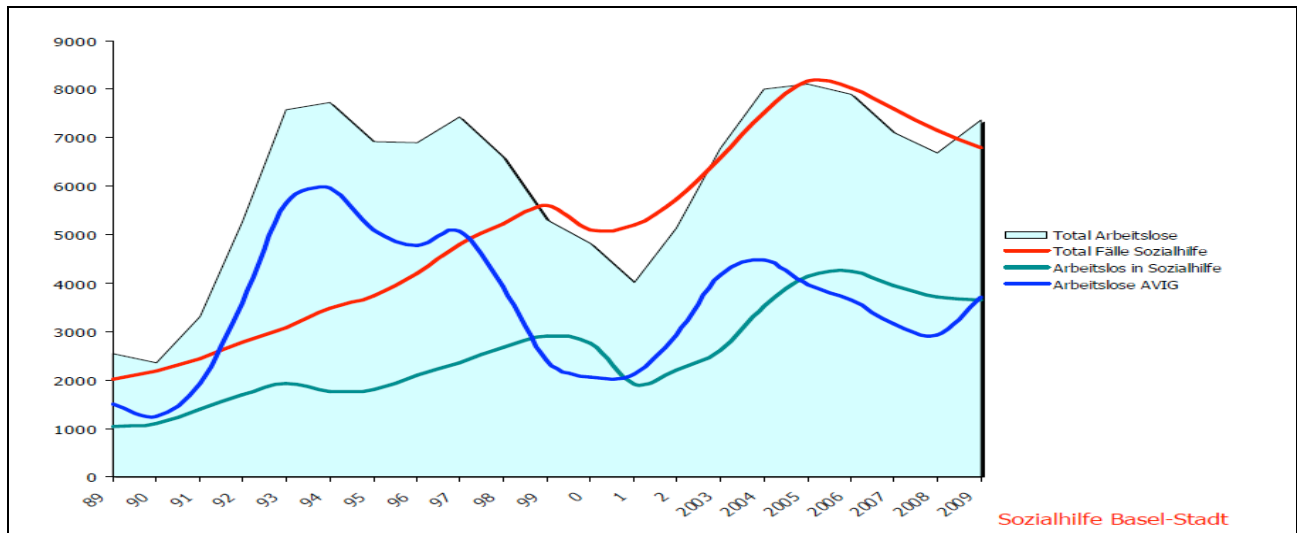


Fig. 3: Sozialhilfe und Arbeitslose in BS seit 1981

Der **Mittelstand**, vorab die Familien, können trotz steuerlicher Entlastungen kaum vom wirtschaftlichen Wachstum profitieren. Lohnerhöhungen und Steuersenkungen werden durch steigende Krankenkassenprämien und Wohnkosten aufgeessen. Deshalb muss eine wirksame Wirtschaftspolitik auch Gesundheits- und Wohnungspolitik umfassen (siehe Kap. 7.2 und 7.3). Die Datenlage zur Wohlstandsentwicklung in unserem Kanton ist ungenügend.

Ziel:

Die SP will den Mittelstand und die schwachen Wirtschaftsteilnehmenden stärken und das Gefälle zwischen Arm und Reich mindern. Das wachsende Ungleichgewicht zwischen den Reichsten und den Übrigen gefährdet den Zusammenhalt der Bevölkerung und ist sozial und ökonomisch nicht nachhaltig.

Der wirtschaftliche Ausgleich ist ein Gebot der **sozialen Gerechtigkeit**. Er ist aber auch ein zwingendes Gebot der **nachhaltigen Wirtschaft**. Wenn untere und mittlere Einkommensschichten nicht am Wachstum teilhaben können, ist die wirtschaftliche Entwicklung gefährdet. Das regionale Gewerbe profitiert von der Kaufkraftsteigerung der unteren und mittleren Einkommen weit mehr als von einer Vermögenszunahme der Reichsten. Geht die Kaufkraft breiter Bevölkerungsschichten gar zurück, bricht die wirtschaftliche Entwicklung ein.

Viele Faktoren, welche die skizzierte Entwicklung bestimmen, sind nur national oder international zu steuern. Der Kanton muss aber den ihm zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum voll ausnutzen.

Der vorliegende Standpunkt soll die politischen Handlungsfelder aufzeigen, welche im Kanton Basel-Stadt dazu beitragen, dass der Wohlstand für alle und nicht nur für wenige wächst. Die SP Basel-Stadt will diesen Spielraum konsequent nutzen. Zur Wirtschaftspolitik auf Bundesebene verweisen wir auf das Wirtschaftskonzept der SP Schweiz (http://www.sp-ps.ch/ger/Media-library/SPS-Files/fileadmin/downloads/Diverses/Wirtschaftskonzept/2006-09-14_Wirtschaftskonzept_def_d.pdf).

2 Grundsatz: Nachhaltigkeit

Eine gerechte Verteilung des Wohlstandes und Chancengleichheit für alle BewohnerInnen von Basel, unabhängig von sozialer Schicht, Alter, Geschlecht oder Herkunft, sind Voraussetzung für die soziale Nachhaltigkeit der Gesellschaftsentwicklung. Das Wirtschaften in unserem Kanton muss aber auch die ökonomischen und ökologischen Kriterien der Nachhaltigkeit erfüllen. Die Unternehmen sollen in unserem Kanton faire, wettbewerbsfähige Bedingungen antreffen, dank derer sie sich entwickeln und den globalen Herausforderungen stellen können. Die kantonale Politik muss aber auch dazu beitragen, dass das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppelt, die Energieeffizienz gesteigert und die Umweltbelastung gesenkt werden. Ebenso wenig darf wirtschaftliche Prosperität auf Lohndumping, Unterbezahlung oder prekären Arbeitsbedingungen beruhen. Die SP Basel-Stadt vertritt eine Wirtschaftspolitik, welche die sozialen und ökologischen Dimensionen von Wirtschaftswachstum mitdenkt.

3 Standortentwicklung

Die grössten Unternehmen Basels stammen aus den Bereichen Life Sciences, Gesundheits- und Sozialwesen, Unternehmensdienstleistungen, Finanzen und Logistik. Das sind Basels Leitbranchen. Die Life Science-Industrie spielt klar die dominante Rolle und wirkte in den letzten Jahren als Wachstumsmotor unserer Region. Sie erarbeitete rund einen Drittel der nominalen Wertschöpfung. Die Leitbranchen sollen weiterhin gute Rahmenbedingungen vorfinden und auf den Kanton zählen können. Gleichzeitig gilt es aber auch andere zukunftssträchtige Bereiche wie Kreativwirtschaft oder Cleantech zu fördern. Die Vielfalt der Branchen ist im Auge zu behalten. Die Life Sciences sind eine wertschöpfungsstarke Industrie. Sie beschäftigen viele hoch qualifizierte und spezialisierte Arbeitskräfte. Um sicher zu stellen, dass auch wenig qualifizierte Arbeitskräfte Arbeit finden, muss unsere Region darauf achten, dass sie weniger wertschöpfungsstarke Branchen wie Logistik, Messen, Tourismus und produktive Industriezweige halten und fördern kann. Generell soll die Gründungsdynamik gesteigert und ein KMU-freundliches Klima herrschen. Basel als Wirtschaftsstandort kann sich nur entwickeln, wenn es auch für ArbeitnehmerInnen attraktiv ist, die familiäre Betreuungsarbeit leisten. Die Gewährleistung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (sei es Kinder- oder Betagtenbetreuung) gehört deshalb zu den zentralen Rahmenbedingungen.

3.1 Life Sciences

Die Unternehmenssteuern für gewinnträchtige Unternehmen wurden in Basel stark gesenkt. Die SP Basel-Stadt sieht keinen Bedarf für weitere Senkungen des maximalen Gewinnsteuersatzes. Zur Erhaltung oder Stärkung des Life Science-Standortes sollen andere, wichtigere Faktoren verbessert werden, so z. B. die Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr, bedürfnisgerechte Angebote für familien- und schulergänzende Kinderbetreuung und die Erleichterung des Erhalts der

Arbeitsbewilligungen für Menschen aus Drittstaaten. Weiter soll das Zulassungsprozedere für Medikamente beschleunigt werden. Eine schnellere Prüfung der Anträge durch die Swissmedic auf Bundesebene ist ebenso unerlässlich. Eine Verschärfung der letzteren hält die SP für das grösste Risiko für den Life Science Standort Basel. Zudem sollen die Öffentlichen Verkehrsverbindungen ausgebaut werden, namentlich durch den dritten Juradurchstich und den Bahnanschluss des Euro-Airportes.

Für den Life-Science-Standort spielt die Universität eine Schlüsselrolle. Zusammen mit der FHBB und dem Universitätsspital ist sie das Bindeglied zwischen Forschung und Anwendung. Ausdruck dieser engen Zusammenarbeit sind die Arealentwicklungen „Schällemätteli“ (Uni) und des sog. „Campus Gesundheit“ (Unispital Basel). Die Uni und die Fachhochschulen müssen namentlich im Bereich der Life Sciences ausgebaut und der ETH Ableger für Systembiologie etabliert werden. Weitere eidgenössische und internationale Forschungsinstitutionen in Basel sind anzustreben. Das ist nötig, damit sich der Forschungsstandort gegenüber der global wachsenden Konkurrenz halten kann. Zudem ist es nötig, dass neben den Life Sciences auch andere universitäre Bereiche gefördert und gestärkt werden, da diese die wissenschaftliche Begleitung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse gewährleisten (z.B. die Sozialwissenschaften). Der Kanton muss zusammen mit den Nachbarkantonen genügend Mittel bereitstellen, um Forschung und Lehre weiter zu stärken und systematisch auf eine Bundesfinanzierung der Universitäten hin arbeiten. Für das Universitätsspital Basel ist eine gemeinsame Trägerschaft mit weiteren Kantonen anzustreben.

3.2 KMU

Der Staat soll ein verlässlicher Partner der Unternehmen sein, der unterstützt und ermöglicht. Für die Unternehmen, namentlich für die kleinen und neuen, sollen effiziente, unbürokratische Supportangebote bestehen und der administrative Aufwand möglichst gering bleiben. Die mangelnde Gründungsdynamik in unserem Kanton muss systematisch untersucht und korrigiert werden.

Verschiedene Faktoren sind wichtig für eine erfolgreiche Gründung, ein kreatives, innovationsfreundliches Klima ist einer davon. Der Hauptfaktor sowohl für Neugründungen als auch für bestehende KMU sind schnelle und transparente Bewilligungsverfahren: ein „One-stop-shop“ für KMU-Anliegen. Die Rolle des Kantons bei der Förderung ist die des Ermöglichers. Er soll neu gegründeten Unternehmen vergünstigte Infrastruktur- und Beratungsangebote bereitstellen und die Risiken bei der Vergabe von Mikrokrediten sichern helfen.

In erster Linie sind KMU-InhaberInnen UnternehmerInnen. Sie brauchen weniger aktive, sprich finanzielle Förderung, als vielmehr ein optimales Klima für ihre wirtschaftliche Tätigkeit.

3.3 Kreativwirtschaft und Cleantech

Die vom Regierungsrat anvisierte Untersuchung zur Stärkung der Kreativwirtschaft begrüsst die SP ausdrücklich. Basel bringt als Standort für das Gewerbe rund um Kunst, Design und Architektur gute Voraussetzungen mit, die gezielt verbessert werden sollen. Hierzu wäre denkbar, dass freiwerdende Areale im Besitz des Kantons der Kreativwirtschaft erleichtert bzw. bevorzugt zugänglich gemacht werden.

Ebenso fordert die SP gute Rahmenbedingungen für die Cleantech-Wirtschaft. Diese stark wachsende Branche hat bisher in Basel kaum Fuss gefasst. Das liegt auch daran, dass deren Forschungszentren in anderen Städten liegen. Die SP erwartet, dass die Uni und die FHBB in diesem Bereich neue Schwerpunkte setzen. Eine wichtige Förderung dieser Branche soll aber auch dadurch geschehen, dass der Kanton seine Pionierrolle in der Umwelt- und **Energiepolitik** weiter ausbaut. So kann ein Umfeld für fortschrittliche Betriebe entstehen. Die SP regt an, namentlich die **Energieeffizienz** gezielt anzupacken. Dieses Stiefkind der Schweizer Energiepolitik birgt ein riesiges Potential. Nach der Erstellung eines Solarkatasters soll ein **Effizienzkataster** die Möglichkeiten der Nutzung dieses Potentials aufzeigen und politisch gezielt ausgeschöpft werden.

3.4 Leben und Arbeiten

Die durch die demografische Entwicklung schrumpfende Zahl von gut ausgebildeten ArbeitnehmerInnen sowie die eingeschränkten Erwerbsmöglichkeiten von Menschen mit Familienpflichten könnten sich zu stark wachstumshemmenden Faktoren entwickeln. Basel muss sich deshalb als attraktiver Arbeitsort, unter anderem auch für international orientierte, hochqualifizierte Arbeitnehmende positionieren. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie respektive die Familienfreundlichkeit der Region ist dafür ein wichtiger Faktor. Dies ermöglicht nicht nur eine attraktive Work-Life-Balance für Hochqualifizierte, sondern gewährleistet auch soziale Stabilität. Die SP Basel setzt sich dafür ein, dass

- der staatliche und unternehmerische Fokus auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verstärkt wird. Der „Round Table Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“, eine Public-Private Partnership zur Förderung familienfreundlicher Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz, ist ein Schritt in die richtige Richtung in der Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft (vgl. www.familienfreundliches-basel.ch),
- Teilzeitarbeit auf allen Funktionsstufen gefördert wird. Der Kanton soll die Einführung von Teilzeitarbeit für Mann und Frau beim Kanton als Arbeitgeber aber auch bei Unternehmen in der Region fördern, und zwar auf allen Hierarchiestufen, auch beim Kader. Angebote für teilzeitarbeitende Männer müssen ausgebaut werden.
- das Angebot an familienergänzender Betreuung verbessert wird. Die Infrastruktur von familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten muss ausgebaut und günstige Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stellen. Die Betreuung ist auch an Randzeiten zu gewährleisten, denn zahlreiche Mütter und Väter sind im Verkauf, in der Gastronomie und im Gesundheitswesen tätig.
- die familienbedingten Zusatzkosten sozial finanziert werden. Der Kanton soll für seine Angestellten die bezahlte Elternzeit ausbauen.

3.5 Wirtschaftsareale

Für neue Firmen (Start-Ups) sind Umnutzungen von Arealen grosse Chancen (beispielweise „Stellwerk“ im St. Johann). Solche Freiräume und günstige Mieten gilt es konsequent zu nutzen. Der

Kanton soll sich aktiver um brachliegende Wirtschaftsräume kümmern und sie konsequent für kreative Zwischennutzungen zur Verfügung stellen. Basel braucht Flächen, die es Umsiedlungen, Neugründungen, Zuziehenden, Kunstschaaffenden sowie unterschiedlichen Generationen und Familienformen anbieten kann. Die SP hat konkret zwei Areale im Visier: das **SBB-Areal beim Bahnhof St Johann und das Rosental-Areal**. Beim ersteren sind es die SBB, die das Areal seit Jahren liegen lassen, beim anderen ein englischer Investor. Die SP fordert, dass die Regierung der Eigentümerschaft die Areale entweder abkauft und sie entwickelt oder an Personen, welche solche Ziele verfolgen, im Baurecht abgibt. Dabei soll gezielt Raum für neue Firmen und Wohnraum geschaffen werden, um arbeitsnahes Wohnen zu ermöglichen. Der Mehrwert-Abgabe-Fonds soll zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums eingesetzt werden können.

3.6 Grenzen überwinden

Die zahlreichen und engen politischen Grenzen behindern die Standortentwicklung unserer Region. Die vielen Initiativen zur **Zusammenarbeit über die Kantons- und Landesgrenzen** hinaus sind wichtig. Aus Sicht der SP wäre allerdings eine **Konzentration** auf weniger Organisationen und AkteurInnen begrüssenswert. Im Fokus der Aktivitäten muss das Entwickeln grenzübergreifender Projekte stehen sowie eine stärkere Profilierung des Wirtschaftsraums innerhalb von Europa und der Schweiz. Basel-Stadt muss hierfür seine Allianzen mit anderen Städten und Kantonen ausbauen. Die Internationale Bauausstellung 2020 bildet eine wertvolle Plattform um das Dreiland zu positionieren. Sie soll konsequent genutzt werden. Die SP fordert insbesondere die Unterstützung soziokultureller Projekte im Rahmen der IBA 2020, da diese für die Schaffung öffentlicher Räume für die Bevölkerung besonders relevant sind. Ein wichtiges Ziel darf dabei aber nicht aus den Augen verloren werden: Die Grenzen müssen früher oder später politisch überwunden werden. Die SP Basel-Stadt wird sich deshalb weiterhin für eine **Wiedervereinigung mit Basel-Landschaft** im ersten und einen **Kanton Nordwestschweiz** im zweiten Schritt stark machen.

4 Arbeitsmarkt

4.1 Arbeitsbedingungen und Löhne

Die SP Basel-Stadt setzt sich aktiv für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein. Sie setzt sich für einen besseren gesetzlichen ArbeitnehmerInnenschutz (z.B. besserer Kündigungsschutz, mehr Ferien, geringere Wochenarbeitszeit, obligatorische Krankentaggeldversicherung, bessere Elternschaftversicherung, bzw. Allgemeine Erwerbsversicherung etc.) ein. Zudem engagiert sich die SP Basel-Stadt für verstärkte Kontrollen der Arbeitsbedingungen im Kanton und für die Einführung eines nationalen gesetzlichen Mindestlohnes. Nur mittels geregelter Löhne kann Lohndumping und Ausbeutung verhindert werden.

Durch diese aktive Lohnpolitik für Mindestlöhne und Lohntransparenz trägt die SP Basel-Stadt dazu bei, faire Bedingungen für alle zu schaffen.

4.2 Lohngleichheit

Die SP Basel-Stadt fördert den öffentlichen Diskurs zur Lohntransparenz und setzt sich aktiv für Lohngleichheit ein. Es gilt der Anspruch gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit. In der Nordwestschweiz verdienen Frauen immer noch rund 23.7% weniger als Männer (2008, LSE Bundesamt für Statistik). Hinter dieser Lohndiskriminierung stecken ungleiche Karrierechancen, geschlechtsspezifische Bewertungen von Tätigkeiten sowie offene Diskriminierungen. Die SP fordert den Ausbau von griffigen Kontrollinstrumenten zur Einhaltung des Gleichstellungsgesetzes sowie eine gleichwertige Vertretung beider Geschlechter mittels Quotenregelung in öffentlich-rechtlichen Unternehmen sowie in staatlichen Gremien, die der Wirtschaftsförderung und -entwicklung dienen. Zumindest innerhalb der kantonalen Verwaltung müssen die bestehenden Instrumente des Bundes zur Überprüfung der Lohn(un)gleichheit (z.B. Logib) konsequent angewendet werden. Die SP engagiert sich aktiv dafür, dass mehr regionale Unternehmen am Lohngleichheitsdialog (Bund, Sozialpartner) teilnehmen, d.h ihre Lohnbedingungen überprüfen lassen.

4.3 Migration

Migration ist eine Folge der wachsenden Arbeitsteilung auf den globalen Märkten und des wirtschaftlichen Gefälles unter den Ländern. Damit sie nicht zu Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und Lohnsenkungen führt, müssen die Rechte der Arbeitnehmenden und des ansässigen Gewerbes durch griffige Arbeitsgesetze und Arbeitsverträge geschützt werden. Hierzu ist es unerlässlich, dass die flankierenden Massnahmen der Personenfreizügigkeit konsequent umgesetzt werden. Dies kann nur durch verstärkte und vertiefte Arbeitsmarktkontrollen und die Einführung von Mindestlöhnen (national oder auch kantonal, über Gesetz, Normal- oder Gesamtarbeitsverträge) geschehen.

4.3.1 Grössere Kontingente

Der Wirtschaftsstandort Basel, namentlich die Life Science Industrie, die in Basel ihren Forschungsbereich ausbauen will, ist auf die Zuwanderung von Fachkräften aus der ganzen Welt angewiesen. Die kantonalen Kontingente für Arbeitsbewilligungen aus Drittstaaten reichen unserem Kanton bei Weitem nicht aus und müssen vergrössert werden (siehe 4.1). In den letzten Jahren musste Basel-Stadt beim Bund immer um zusätzliche Kontingente nachfragen. Die Personenfreizügigkeit mit der EU kommt dem Life Science Standort entgegen.

4.3.2 strengere Arbeitsmarktkontrollen

In Basel hat die Personenfreizügigkeit nicht zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit geführt. Die Zahl der Arbeitsplätze und Grenzgänger ist gewachsen, aber nicht so stark wie in anderen Zentren der Schweiz. Trotzdem ist es auch in Basel eine grosse Herausforderung, die flankierenden Massnahmen durchzusetzen. Die Arbeitsmarktkontrollen fördern schweizweit immer wieder Verstösse gegen die Schweizer Arbeitsgesetze zutage.

Die SP setzt sich für eine strikte Umsetzung der flankierenden Massnahmen ein und fordert darüber hinaus zusätzliche konsequente und bessere Kontrollen und Sanktionen gegen Schwarzarbeit,

Scheinselbständigkeit und gesetzeswidrige Anstellungsbedingungen. Sie engagiert sich für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes auf nationaler Ebene, aber auch für Massnahmen auf kantonaler Ebene. So fordert sie von der Tripartiten Kommission, dass sie in den nicht durch einen Gesamtarbeitsvertrag geregelten Branchen vermehrt Lohnbuchkontrollen durchführen lässt. Sollten dabei die orts-, berufs- oder branchenüblichen Löhne wiederholt in missbräuchlicher Weise unterboten werden, dann verlangen wir von der TPK, dass sie bei der zuständigen Behörde die Einführung von Normalarbeitsverträgen mit Mindestlöhnen beantragt.

Die SP hält die hohe Zahl von mehreren Tausend Papierlosen in unserem Kanton für untragbar. Der Aufenthalt dieser Menschen, die offenbar einen Platz im Arbeitsmarkt haben, sollen über die Härtefallregelung legalisiert werden. Unmenschliche Lebensbedingungen und schlechte Arbeitsverhältnisse dürfen nicht toleriert werden.

Bei der Submission von öffentlichen Aufträgen ist unbedingt darauf zu achten, dass die Firmen den jeweiligen GAV vollumfänglich einhalten. Allenfalls ist eine Kautionspflicht analog Baselland für Bauhaupt- bzw. Nebengewerbe zu prüfen.

4.4 Bildung für Arbeitschancen

Das Bildungsangebot soll sicherstellen, dass alle jungen Menschen ihren Platz im Arbeitsmarkt finden können.

Die SP sieht im Hinblick auf optimale Berufschancen der in Basel Auszubildenden schweremwichtig folgende Handlungsfelder:

1. Aufbau der Frühförderung: Sie fördert erwiesenermassen den weiteren Bildungsweg aller Kinder und verbessert die Chancengleichheit und die Integration.
2. Stärkung der Berufslehre und weiterer Ausbau der neuen Möglichkeiten der Berufs- und Fachmaturität. Insbesondere ist auf den Praxisbezug der theoretischen Ausbildungen zu achten.
3. Stärkung der Hochschulbildung, sodass möglichst viele Fachkräfte, die in unserer Region gebraucht werden, aus den hiesigen Hochschulen rekrutiert werden können. Dafür braucht es unter anderem einen Ausbau von Forschung und Lehre. Insbesondere soll sich der Bund in der Hochschul- und Fachhochschulbildung finanziell deutlich engagieren.
4. Förderung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere berufsbezogener Weiterbildungen. Durch bessere Qualifikation von Arbeitnehmenden kann der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt und der Wirtschaftsstandort Basel gestärkt werden.
5. Wichtig sind der SP Investition in die Weiterbildung von Tiefqualifizierten, welche ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt verbessert.

Der Bund soll die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, um diese Bereiche zusammen mit den Arbeitgebern in dieser Region und den Nachbarkantonen weiter zu entwickeln. Die SP fordert, dass Menschen mit einer Behinderung stärker in den Arbeitsmarkt eingebunden werden.

5 Wirtschaftlicher Ausgleich

Der wirtschaftliche Ausgleich, den die SP anstrebt, hat zum einen die Armen im Visier. Aus einer Vielzahl von Gründen, sei es wegen Krankheit, Alter, Behinderung, Scheidung, Betreuungspflichten gegenüber Kindern oder betagten Angehörigen, Arbeitslosigkeit oder nicht existenzsichernden Löhnen, können viele Frauen und Männer in der Schweiz ihren Lebensunterhalt nicht mehr selber bestreiten. Die SP will zum andern aber auch den Mittelstand entlasten, der zunehmend unter wirtschaftlichen Druck gerät. Sie will die Rahmenbedingungen so beeinflussen, dass Normalverdienende, die als Angestellte in Dienstleistungs- oder Industriebetrieben arbeiten oder als Selbständige ein kleines Unternehmen führen, mehr an der Wertschöpfung teilhaben können und mit wachsender Kaufkraft die regionale Wirtschaft stärken können.

Im Sozialwesen geht es nicht in erster Linie darum, den Menschen, die Sozialhilfe beziehen, höhere Beiträge auszubezahlen, sondern ihnen möglichst gute Chancen zu bieten, damit sie ein möglichst selbständiges Leben führen können.

Für die Entlastung stehen **faire Arbeitsbedingungen und Löhne**, gezielte **Entlastung von Betreuungspflichten, die Schaffung von Teilzeitstellen auf allen Stufen**, aber auch Massnahmen zur Reduktion des Kostendruckes bei den Krankenkassen und Wohnkosten im Vordergrund.

5.1 Sozialwesen

Die SP anerkennt, dass das Sozialwesen in unserem Kanton gut ausgebaut ist und umfangreiche staatliche und private Angebote zur Linderung von Not bestehen. Tatsächlich ist die Koordination aller Angebote eine grosse Herausforderung. Die SP fordert eine weitere Harmonisierung der sozialen Institutionen und eine **möglichst gute Koordination der Anlaufstellen**. Langfristig sollen Bund und Kantone eine Zusammenlegung dieser Anlaufstellen anvisieren. Das Ziel der SP ist eine nationale Erwerbsausfallversicherung, die alle Leistungen (ALV, IV, Sozialhilfe) umfasst, damit die Betroffenen nicht von einer Versicherung zu anderen geschoben werden (eine Versicherung, ein Gesetz, ein Vollzug).

Aktivieren und Möglichkeiten schaffen - Das sollen wichtige Ziele der Sozialpolitik sein. Die SP Basel-Stadt begrüsst eine ausgedehntere, bzw. bedürfnisgerechtere Umsetzung der arbeitsmarktlichen Integrationsmassnahmen (Umschulungen etc.) im Falle von Arbeitslosigkeit. Die SP unterstützt das Projekt **Passage** und andere Projekte, welche die Integrationsfähigkeit von Ausgesteuerten verbessern. Die SP befürwortet auch die **Schaffung von Sozialfirmen**, welche ausgesteuerten Menschen eine Tagesstruktur bieten können. Diese dürfen aber keine Konkurrenz zum ansässigen Gewerbe werden und müssen sich auf industrielle Prozesse konzentrieren, die andernfalls ins ferne Ausland ausgelagert würden.

Um das Sozialwesen auf kantonaler Ebene effizient und zielführend zu gestalten, braucht der Kanton Basel-Stadt eine **Armutsstrategie**. Die SP unterstützt die **Forderungen aus dem Armutsbericht** der Christoph Merian Stiftung und glaubt, dass gezielte Entlastungen vor allem bei Alleinerziehenden und

Familien mit tiefen Einkommen grösste Priorität haben. Sie hält eine **Erhöhung der Familienbeiträge**, welche in Basel Familienmietzinsbeiträge genannt werden, für notwendig.

Ferner fordert die SP eine Prüfung der **Sozialabgabe für ältere Arbeitslose und Working Poor**, wie sie die Stimmbevölkerung des Kantons Waadt beschlossen hat. Mit dieser Abgabe werden die Arbeitgebenden und die Arbeitnehmenden stärker in die Pflicht genommen, um die Lasten des Staates für diejenigen Menschen zu tragen, die der Arbeitsmarkt vernachlässigt. Zu prüfen ist auch, ob die Finanzierung anstatt durch Lohnpromille durch Steuermittel sichergestellt werden kann.

Staatliche Leistungen, die der Sozialhilfe vorgelagert sind (wie Krankenkassenprämienbeiträge oder Familienmietzinszuschüsse), sind eine wirksame Massnahme, um das Armutsrisiko für Familien durch die direkten und indirekten Kinderkosten, abzufangen. **Die SP begrüsst daher den bereits vorgenommenen Ausbau dieser Leistungen und fordert, diesen Weg konsequent weiter zu beschreiten.**

Alleinerziehende sind besonders armutsgefährdet, weil sie die finanziellen Folgen einer Trennung/Scheidung überwiegend tragen müssen, wenn das Gesamteinkommen nicht für zwei Haushalte reicht. Der Kanton Basel-Stadt soll seinen Handlungsspielraum voll ausschöpfen, um Armut auch von Kindern möglichst zu vermeiden. Die SP setzt sich deshalb ein für die Festsetzung Existenzsichernder Kinderalimente durch Gerichte und Vormundschaftsbehörden. **Sie begrüsst den vorgesehenen Ausbau der Alimentenbevorschussung ausserordentlich.** Auch wird sie prüfen, inwiefern Alimentenbevorschussung und Alimentenhilfe so verbessert werden können, dass Alleinerziehende in ihrer Erwerbstätigkeit nicht behindert werden.

5.2 Wohnpolitik

In Zürich und anderen Zentren sind Hauspreise und Neumieten in den letzten Jahren rasant angestiegen. Wer umziehen muss, findet kaum mehr eine erschwingliche Wohnung. In Basel sind die Mieten tiefer und deren Anstieg in den letzten Jahren war deutlich kleiner. Dennoch rechnet die SP auch in Basel mit markant steigenden Wohnkosten. Die Attraktivität des Stadtwohnens ist nicht zuletzt dank der Steuersenkungen gestiegen. Der Leerwohnungsbestand nimmt ab.

Die SP Basel-Stadt wird sich in den kommenden Jahren deshalb vermehrt für bezahlbaren Wohnraum einsetzen. Die Existenz günstigen Wohnraums ist auch für kollektive Formen des Zusammenlebens und für gesellschaftliche Selbstorganisation wichtig. Die SP fordert, dass der Kanton keinen Boden mehr verkauft, sondern höchstens im Baurecht vergibt. Im Gegenteil, der Regierungsrat soll sich gezielt für den Kauf neuer Areale stark machen (siehe Kap. 4.4). Die SP fordert, dass der **Anteil an gemeinnützigen Wohnungen**, die der Spekulation entzogen sind, deutlich angehoben wird. Deshalb hat die SP Basel-Stadt die **Volksinitiative "Wohnen für alle"** lanciert. Diese will eine öffentlich-rechtliche Stiftung anstossen. Diese Stiftung soll Genossenschaften beim Kauf von Liegenschaften unterstützen oder Liegenschaften nach dem Prinzip der Kostenmiete verwalten. Der Kanton soll in bestimmten Zonen gezielt **günstigen Wohnraum** erhalten. Es soll andererseits frei werdenden Flächen im Baurecht zu bevorzugten Konditionen an **Genossenschaften und Stiftungen** vergeben, die sich dem gemeinnützigen Wohnungsbau verschrieben haben. Der Kanton muss griffige Regeln

gegen die Immobilienspekulation beibehalten. Zudem soll er selbst wieder **günstige Wohnungen** bauen und betreiben (Objektfinanzierung). Die subjektfinanzierte Stützung der Wohnkosten, welche Basel-Stadt derzeit betreibt, kommt in einem spekulationsgetriebenen Wohnungsmarkt, wie er z.B. in Zürich herrscht, an seine Grenzen. Der staatliche Wohnungsbau soll sich aber nicht wie die Subjekthilfe, primär um die Kleinstinkommen kümmern, sondern sicherstellen, dass auch für den Mittelstand, für Familien, für Studierende **sowie für ältere Menschen, die selbstständig leben wollen**, genügend bezahlbare Wohnungen bestehen.

5.3 Gesundheitskosten

Die SP stösst sich schon lange daran, dass die Krankenkassenprämien nicht einkommensabhängig erhoben werden. Der rasante Anstieg der Prämien ist für mittlere Einkommen ein grosses Problem. Für Vermögende hingegen ist er kein Thema. Die Menge der nötigen Prämienverbilligungen wächst. Deshalb macht die SP mit ihrer Initiative zur Stabilisierung der kantonalen Krankenkassenprämien Druck. Auf nationaler Ebene setzt sich die SP für eine nationale Einheitskasse und einkommensabhängige Krankenkassenprämien ein. Jedenfalls darf der über Steuern finanzierte Anteil der Gesundheitskosten nicht zu Lasten der Kopfprämien gesenkt werden. Die Finanzierung über Steuern hält die SP für gerechter als die Finanzierung über Kopfprämien. Zudem hinterfragt die SP den Standortwettbewerb im Gesundheitswesen und unterstützt kooperative, überkantonale Lösungen bei. Der Kanton soll im Rahmen seiner Möglichkeiten gegen den Anstieg der Gesundheitskosten vorgehen und unnötige oder doppelspurige Angebote verhindern. Die kantonalen Unterschiede bei den Krankenkassenprämien sind aufzuheben. Es sollen zwecks Kostensenkung Gesundheitsregionen geschaffen werden. Die **gemeinsame Spitalplanung mit dem Kanton Basel-Landschaft** ist für die SP zwingend.

5.4 Care-Ökonomie

Die SP setzt sich dafür ein, dass nicht nur die Lohnarbeit, sondern jede gesellschaftlich nützliche Arbeit als Arbeit anerkannt wird. Die unbezahlte Arbeit ist ein wichtiger ökonomischer Faktor und die Voraussetzung für die Beständigkeit der Gesellschaft und unterstützt Arbeitskräfte. Würde man die unbezahlte Arbeit in monetären Werten rechnen, würde das Bruttoinlandprodukt des Kantons Basel-Stadt um 33% wachsen (Gender Budget Analyse Kanton Basel-Stadt 2008). Für die Verrichtung der unbezahlten Arbeit (Kochen, Kinderbetreuung, Betreuung von pflegebedürftigen Betagten, Haushalt etc.) müssen die BewohnerInnen von Basel-Stadt mehr Stunden investieren als für die bezahlte Arbeit. Die Verrichtung der bezahlten und unbezahlten Arbeit ist im Kanton Basel-Stadt sowie in der gesamten Schweiz immer noch nicht gleich zwischen den Geschlechtern verteilt. Frauen leisten im Kanton Basel-Stadt mehr Arbeitsstunden und verrichten mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Sobald Kinder da sind, verschiebt sich die Verteilung noch stärker zu Ungunsten der Frau, mit sämtlichen nachteiligen Konsequenzen (erschwerter Wiedereinstieg und weniger Aufstiegs-Chancen im Beruf, Einbussen bei der eigenen Altersvorsorge, Armutsgefährdung bei Scheidung etc.). Für die tatsächliche Gleichstellung zwischen Frau und Mann ist der gleiche Zugang zu Einkommen und Vermögen zentral. Deshalb muss der Anteil der bezahlten Arbeit ausgebaut und das Verschieben von

bisher bezahlter Arbeit in unbezahlte gestoppt werden (z.B. Problematik durch früher Spitalaustritt). Die bezahlte und die unbezahlte Arbeit sind gleichmässig auf beide Geschlechter zu verteilen. Im Sinne eines fairen Lastenausgleichs ist es unabdingbar, dass Männer einen weit grösseren Teil der verbleibenden unbezahlten Arbeit, insbesondere in Erziehung und Haushalt, erbringen müssen (siehe Forderungen unter 4.4 und 5.2).

6 Finanzpolitik

Das grosse Wachstum der Steuereinnahmen von juristischen Personen wurde in den letzten Jahren systematisch zum Schuldenabbau verwendet. Das begrüsst die SP ausdrücklich. Das Schuldenniveau ist aber weiterhin beträchtlich. Die SP misst dem Schuldenabbau nach wie vor höhere Priorität bei als weiteren Steuersenkungen.

Die Wirtschaftsprognosen lassen in den nächsten Jahren keine Einnahmesprünge erwarten. Im Gegenteil, schlechte Exportaussichten als Folge des starken Frankens und der global wachsende Kostendruck im Gesundheitswesen lassen vermuten, dass die Pharma- und Logistikbranchen langsamer wachsen werden als in den vergangenen Jahren. Sollte der Kanton dennoch einen Spielraum auf der Einkommenseite gewinnen, verlangt die SP, dass er gezielt zur Entlastung der unteren und mittleren Einkommenschichten eingesetzt wird und dass **nachhaltige Investitionen in das Bildungswesen und den Ausbau der Infrastruktur getätigt** werden.

6.1 Steuern

Vor dem Hintergrund der wachsenden Einkommensschere sieht die SP keinen Handlungsbedarf zur steuerlichen Entlastung hoher Einkommen und Vermögen. Sie lehnt auch jede weitere Senkung des maximalen Gewinnsteuersatzes ab. Stattdessen muss die Steuerpolitik künftig besser dazu beitragen, dass die unteren und mittleren Einkommen, welche unter steigenden Krankenkassenprämien und Mietpreise leiden, entlastet werden. Die SP wird sich deshalb dafür einsetzen,

- dass, solange Defizite geschrieben und in der Finanzplanung rote Zahlen prognostiziert werden, **keine kantonalen Steuersenkungen** mehr beschlossen werden.
- dass, sollte es doch dazu kommen, in erster Priorität der **Steuerfreibetrag** erhöht wird, oder aber für spezielle, bisher eher benachteiligte Gruppen, wie Alleinerziehende, punktuelle Entlastungen vorgenommen werden.
- dass die gerechteste aller Steuern, die **nationale Erbschaftssteuer** eingeführt wird,
- dass – wie in fast allen Ländern – eine **integrale Kapitalgewinnsteuer** von mind. 25 Prozent eingeführt wird.
- dass **negative Fehlanreize** im Zusammenhang mit der Erhöhung von Zweiteinkommen in der Familie (namentlich beim Steuerabzug von Kinderbetreuungskosten) eliminiert werden
- dass der **nationale Finanzausgleich** von finanzschwachen Kantonen nicht für Steuersenkungen missbraucht wird,

- dass dem Steuerwettbewerb unter den Kantonen mit Hilfe von Mindeststeuersätzen Leitplanken auferlegt werden.
- dass eine Lenkungsabgabe auf **Energieverbrauch auf nationaler Ebene eingeführt wird**. Basel kennt eine solche für den Strom.
- dass der Grossteil der national **vorgeschriebenen Steuerabzüge** (z.B. für Arbeitsspesen oder Arbeitswege) abgeschafft und stattdessen die Steuertarife gesenkt werden.

6.2 Gebühren

Gebühren sind Entschädigungen für staatliche Leistungen. Sie sollen im Grundsatz kostendeckend sein. Wie die Überprüfung gezeigt hat, sind die Gebühren von Basel-Stadt im interkantonalen Vergleich nicht zu hoch. Dennoch belasten Gebühren gerade Einkommensschwache sowie kleine und neue Unternehmen erheblich. Denn die Betroffenen können häufig nicht wählen, ob sie diese Dienstleistung in Anspruch nehmen wollen oder nicht. In solchen Fällen wird die Gebühr, die ja unabhängig vom Einkommen erhoben wird, zu einer unsozialen Kopfsteuer. Die SP fordert deshalb, dass **unvermeidbare Gebühren** gezielt abgeschafft werden. Die SP fordert zudem die Senkung der vom Kanton festzulegenden Notariatskosten oder die Wiedereinführung des Amtsnotariates. Auch dies, um kleinere Einkommen zu entlasten.